

LEITARTIKEL

Flucht aus der Verantwortung

Dass die Ampel-Koalition vom Zwei-Prozent-Ziel der Nato abrückt, ist problematisch

Es wäre jene Geste gewesen, die sich seit Kriegsausbruch viele von der Bundesregierung erhoffen: Sie wollte Deutschland per Gesetz verpflichten, ab 2024 jedes Jahr zwei Prozent seiner Wirtschaftsleistung für die Verteidigung auszugeben. Die Bundesrepublik hat dieses Ziel der Nato bereits vor 21 Jahren zugesagt – so konkret wollte es die Ampel aber weder voriges Jahr ins Grundgesetz schreiben, noch in dieser Woche ins Haushaltsgesetz. Das ist noch keine Abkehr vom Zwei-Prozent-Ziel – aber ein weiteres Abrücken davon, im Lichte der „Zeitenwende“ neu auf Bundeswehr und Deutschlands Rolle in der Welt zu blicken.

Und das ist problematisch. Zwar ist die Kritik am Zwei-Prozent-Ziel berechtigt: Es fordert feste Rüstungsausgaben unab-

Investitionen in die Bundeswehr lassen sich nicht vermeiden

hängig vom Bedarf, lässt sich durch wirkungslose Bürokratie- und Beschaffungskosten vertuschen, achtet nicht auf Effektivität. Doch mit Putins Krieg ist der Traumgeplätz, dass in Europa kein Krieg mehr droht – und mit Blick darauf, dass nächstes Jahr ein neuer US-Präsident die Milliardenausgaben für Nato und Ukraine streichen könnte, fällt Amerika als verlässliche Schutzmacht aus. Europa muss aus eigener Kraft abwehrfähig werden. Zu bestreiten, dass Deutschland dabei eine zentrale Rolle spielen muss, ist kein Pazifismus, sondern Flucht aus der Verantwortung. Und um zu er-

KOMMENTAR

Vorsprung verspielt

Europas Green Deal ist zu kompliziert

Eigentlich hatten die Europäer Vorsprung. In der Aufregung um das US-Förderprogramm Inflation Reduction Act wird gern vergessen, dass es nicht zuletzt eine Reaktion auf den Green Deal der EU war. Während Europa bang beobachtet, wie US-Präsident Joe Biden mit riesigen Summen Industrie ins Land holt, stehen hier in Wahrheit ähnliche Geldtöpfe bereit. Es dauert nur viel länger und ist viel komplizierter, sie auszuschöpfen.

Die Folgen sind auch bei der Solarindustrie zu besichtigen. Wer Solarzellen produzieren will, investiert jetzt erst einmal in den USA, bis die Europäer alle Förderrichtlinien fertig haben. Das gleiche Phänomen ist in anderen Industrien zu beobachten, zum Beispiel bei Batterien für Elektroautos.

STEFAN WINTER
ksta-politik@kstamedien.de

kennen, dass die Bundeswehr dafür modernisiert werden muss, musste nicht erst die Pazifikreise der Außenministerin an einer Pannenserie der Flugbereitschaft scheitern.

Warum also zaudert die Ampel? Neben der Sorge ums Geld liegt das am fortwährenden Fremdeln in Teilen der Bevölkerung und besonders der SPD mit allem Militärischen, das sich auch im Verzögern der Waffenlieferungen zeigt. Doch so ehrenwert eine pazifistische Grundhaltung ist: Oft steckt dahinter die falsche Hoffnung, mit einem Waffenstillstand um jeden Preis käme endlich Ruhe in den Karton und Deutschland bliebe von Flüchtlingen, Waffenlieferungen und Milliardenhilfen verschont. Leider ist absehbar, dass Russland – wie in allen besetzten Gebieten – in einer annektierten Ostukraine ein Terrorregime errichten würde. Die Folge wäre neben weiteren Fluchtbewegungen eine Dauerkrise, gegen deren Eskalation sich Europa ebenfalls wappnen müsste.

Investitionen in die Bundeswehr lassen sich also nicht vermeiden, und der Bedarf liegt ohnehin über der Zwei-Prozent-Quote. Müssen wir dafür an Sozialem, Infrastruktur, an Bildung sparen? Nein. Die wahre Alternative heißt nicht Waffen oder Soziales, sondern Sparen oder Investieren. Auch Finanzminister Lindner muss aus der Zeitenwende Schlüsse ziehen: für sein Verhältnis zu Steuern, Vermögen und Staatskrediten.

So zeigt die Volte um die Nato-Quote, was zuvor schon auffiel: Die Ampel muss nicht nur ihre Prioritäten neu sortieren, sondern auch ihre Strategie im Umgang mit der Krise.

Hinzu kommt, dass jedes Land eigene Programme aufsetzt. Wenn Wirtschaftsminister Robert Habeck von der Industrie Projekte für die gesamte Wertschöpfungskette der Solarmodule sehen möchte, meint er hoffentlich einen europäischen Verbund. Dann stellt sich aber die Frage, wie in den anderen Ländern gefördert wird. All das lässt sich lösen, aber bis dahin sind viele Investitionsentscheidungen für die USA gefallen.

So bekommen die Europäer wieder einmal ihre Kraft nicht auf den Boden. Man kann grundsätzlich streiten, wie strategisch bedeutsam die Solarindustrie für eine Region überhaupt ist. Aber wenn man sie für einen Schlüssel zur Souveränität hält und entsprechend voranbringen will, muss es wenigstens schnell und entschieden geschehen.

DEUTSCHE ZUSTÄNDE

„Keim zum Faschismus“

Die AfD beschwört ein längst überwunden geglaubtes Männerbild

Herr Grünewald, „echte Männer sind rechts“, sagt der AfD-Spitzenpolitiker Maximilian Krah in einem TikTok-Video. Jungs, die noch nie eine Freundin hatten, sollten an die frische Luft gehen, nicht die Grünen wählen, keine Pornos gucken. „Dann klappt's auch mit der Freundin.“ Was ist von solchen Tipps zu halten?

Herr Krah sagt ja auch noch, dass echte Männer nicht lieb, soft und schwach sein sollen, sondern Patrioten. Damit werden Vorstellungen beschworen, die wir längst überwunden glaubten: hart wie Kruppstahl, zäh wie Leder, flink wie Windhunde ...



STEPHAN GRÜNEWALD ist Geschäftsführer des Kölner „rheingold“-Instituts. Er spricht aus psychologischer Sicht über gesellschaftlich relevante Themen

... Ein Hitler-Wort von 1935, gerichtet an die deutsche Jugend. Gerade in Deutschland war dieses Männerbild, verbunden mit Martialität und Größenwahn, nach 1945 hochgradig schuldbeladen. Das erklärt die Gegenbewegung seit den 1960er Jahren. Die Emanzipationsbewegung veranlasste auch die Männer, ihr Selbstbild zu überdenken: weg vom Macho und Bestimmer, hin zum reflektierten, empfindsamen, anpassungsfähigen Partner.

„Neue Männer braucht das Land“ sang Ina Deter 1982. So in der Art – bis hin zur Mode. In meiner Studienzeit war es „in“, dass die jungen Männer in weiten Latzhosen herumliefen, um den Geschlechtsunterschied zu kaschieren.

Ist es dann nicht normal, wenn das Pendel nach solchen Ausschlägen auch wieder in die andere Richtung geht? Zunächst einmal ist die Abkehr vom Ideal des Mannes als Macho ja in vielen Bereichen gelungen. Mancherorts – etwa im Geschäftsleben – ist es bis heute oft noch virulent. Und Männer wie

Das Frappierende ist die erstaunliche Nähe der AfD-Programmatik zum islamischen Fundamentalismus

Wladimir Putin oder Donald Trump bedienen ganz offensiv alte Rollenmuster vom Mann als Krieger oder Sexprotz, der sich alles erlauben kann. Insgesamt verstärkt das eine männliche Rollenunsicherheit und -diffusion, die wir in unseren Studien immer wieder beobachten. Ein „richtiger Mann“ zu sein, ist heute viel schwieriger als früher. Der Preis des Ausbruchs aus dem Rollenkorsett und eines gewandelten Männerbilds ist die Inszenierungskrise des Mannes.

Als ob wir nicht schon genug Krisen hätten. Genau das setzen Krah und die AfD mit ihrer Rolle rückwärts an. Die extreme Rechte tut so, als könnte sie die Schwierigkeiten und Widersprüche des Lebens mit scheinbar einfachen Rezepten auflösen. Sie bedient die doppelte Sehnsucht nach Komplexitätsreduzierung und Flucht in eine alte, vermeintlich heile Welt. Das Grundversprechen in Krah's Video lautet: Zu-

rück zu alten Männerbildern – und schon läuft alles.

„Schau keine Pornos!“ Wie passt das dazu? Zur Kruppstahl-Philosophie passt das perfekt. Pornos gucken gilt dann als Wehrkraftszersetzung.

Wird daraus auch ein politisches Programm? Die zugrundeliegende Agenda hat Michel Houellebecq in seinem Roman „Die Unterwerfung“ paradigmatisch beschrieben: Die Franzosen, hin und her geworfen von der Komplexität der modernen Gesellschaft, vertrauen das Land einem islamistischen Präsidenten an, der „klare Verhältnisse“ verspricht samt Wiedereinführung des Patriarchats. Das Frappierende ist die erstaunliche Nähe der AfD-Programmatik zum islamischen Fundamentalismus. Bis hin zu Patentrezepten, wie man als Mann die Gunst der Frauen erringt.

Für wie verführbar halten Sie das? Psychologisch neigt der Mensch in Krisen dazu, sein Heil in alten, einfachen Mustern zu suchen. Retro-Trends sind immer ein Indikator für gesellschaftliche Turbulenzen. Dass man mit diesen Turbulenzen auch produktiver umgehen kann, zeigen die beiden extrem erfolgreichen Kino-Blockbuster „Oppenheimer“ und „Barbie“, die zeitgleich in die Kinos kamen.

Inwiefern ist das so? „Oppenheimer“ zeigt den prometheischen Mann, der den Menschen mit der Atombombe das alles zerstörende Feuer bringt. Der Film führt aber auch Selbstzweifel und Selbstreflexion dieses Mannes vor, sein Bemühen um Frieden. „Barbie“ wiederum zeigt die Frau, die sich aus dem engen Schönheits- und Rollenkorsett zu befreien sucht. Bei ihrer Auseinandersetzung mit der derzeitigen Wirklichkeit thematisiert sie auch viele Widersprüche oder Perfektionsfallen, die mit einer falsch verstandenen Emanzipation verbunden sind. Beide Filme münden in der Frage, was Mann- und Frausein heute ausmachen sollte.

Darauf gibt die AfD ja auch eine Antwort. Deren Rollenbilder bedienen in ihrer einlinigen Einfachheit vorhandene Ängste und Sehnsüchte. Was sie propagiert, birgt aber auch die Gefahr von Unterdrückung und Aggressivität bis hin zu Kriegstümelei. Damit ist auch der Keim des Faschismus gelegt.

Wie lässt sich dem begegnen? Ich fand gut, was Gerhart Baum im Interview mit dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ gesagt hat: Position beziehen, dagegenhalten! Im konkreten Fall sollten Männer mit Vorbildfunktion sagen: Wir sind keine Windhunde, Ledernacken und stählerne Typen. „So wollen wir als Männer nicht gesehen werden, so wollen wir nicht auftreten.“ Und die Frauen sollten sagen: So könnt ihr bei uns auch nicht punkten.

Das Gespräch führte Joachim Frank

KOMMENTAR

Undankbare Aufgabe

Die Linke sucht eine neue Fraktionsspitze

JAN EMENDÖRFER

Mit Dietmar Bartsch zieht sich ein Schwergewicht der Linken aus der Spitze der Bundesfraktion zurück und hinterlässt eine Lücke, die nicht so einfach zu schließen sein wird. Nach seiner Ankündigung, nicht wieder kandidieren zu wollen, bemühte sich Bundesgeschäftsführer Tobias Bank um Optimismus: „Ich bin überzeugt, dass es viele jüngere Genossinnen und Genossen gibt, die fähig sind, diese Aufgabe in einer schwierigen Situation zu meistern“, sagte er.

Ein Blick auf die 39-köpfige Fraktion offenbart, dass die Personalreserve für einen so wichtigen Posten überschaubar ist. Natürlich gibt es talentierte jüngere Abgeordnete wie den bisherigen Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer Jan Korte oder die Niedersächsin Heidi Reichinnek. Aber Korte hat bereits vor Monaten angekündigt, nicht wieder kandidieren zu wollen und Reichinnek ist zuletzt schon mit dem Versuch gescheitert, Parteichefin zu werden.

Zudem ist die Aufgabe undankbar, weil sie sich nach vier Monaten schon wieder erledigt haben könnte. Sollte Sahra Wagenknecht die Linke verlassen und eine eigene Partei gründen, kommt es sicher zum Zerfall der Fraktion. Wagenknecht muss nur zwei weitere Abgeordnete mitnehmen, damit die Fraktion ihren Status als solche verliert.

Wenn mit dem Abgang von Bartsch der jahrelange Konfrontationskurs zwischen Parteispitze und Fraktionsführung zu Ende gehen soll, dann muss jetzt eigentlich Parteichefin Janine Wissler nach der Macht greifen. Nur die Personalunion von Partei- und Fraktionsführung kann in dieser Krise den Laden vielleicht noch zusammenhalten.

KÖLNER STADT-ANZEIGER MEDIEN
Ein DuMont Unternehmen

KÖLNER STADT-ANZEIGER
Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont & Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.
Chefredakteur: Carsten Fiedler.
Stellvertreter: Dr. Sarah Brasack, Martin Dowideit.
Geschäftsf. Redakteur: Christian Himmeler.
Leitender Redakteur: Wolfgang Wagner (Politik).
Chefredakteur: Joachim Frank.
Region: Michael Greuel; Veit Ellerbrock (Head of Digital).
Köln: Tim Attenberger.
Landeskorrespondent: Gerhard Voogt (Leitender Redakteur).
Newsteam: Kendra Stenzel; NRW/Story: Hendrik Geisler, Maria Dohmen; Wirtschaft: Thorsten Breitkopf; Sport: Christian Lör; Kultur: Anne Burgmer; Magazin: Eva Fiedler, Jenny Mayszner; Chefredakteur: Peter Berger, Claudia Lehnen, Detlef Schmalenberg; Art Director: Nikolas Janitzki; Produktion: Florian Sumner.
Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.
Hauptstadtbüro: Eva Quadbeck (Ltg.); RND Berlin GmbH; Gf: Marco Fenske.
Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Susanne Ebner; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Damir Fras; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Rio de Janeiro: Tobias Käufer.
Nachrichtengagenturen: dpa, afp, sid, kna
E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@kstamedien.de
Fax Redaktion: 0221 / 224 2524.
Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG – ein Unternehmen der Kölner Stadt-Anzeiger Medien, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln. Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.
Verlagsgeschäftsführer: Mirco Striewski.
Das Bezugsgehalt enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.
Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 25 vom 01. Januar 2023 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.
Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.
Abonnenten-Service
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-23 32
E-Mail: abo-kundenservice@tageszeitung.koeln
Anzeigen-Service
Verantwortlich: Dr. Simon Geisler, Oliver Siegert.
Tel. 0221 / 92586410, Fax 0221 / 224-24 91
E-Mail: anzeigen@tageszeitung.koeln
Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt
Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de